

# STADT NAUMBURG (Saale)



Vorlagen-Nr.:	110/24
Vorlagentyp:	Entscheidung
Einreicher:	Oberbürgermeister
Prüfung:	<input checked="" type="checkbox"/> Barrierefreiheit
	<input checked="" type="checkbox"/> Gleichstellung
	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzen
Eingang am:	29.07.2024
Version	1

Teilnahme:	intern:	Herr Ehrhardt
	extern:	

TOP:	5
------	---

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
--	---

## Beratungsfolge:

Gremium	Datum	TOP	Liste	Art*	Ergebnis
Hauptausschuss	18.09.2024	5.	A	V	
Gemeinderat	25.09.2024			B	

Art\* I=Information V=Vorberatung A=Anhörung B=Beschlussfassung

## Betreff:

Änderung der Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeit und Dienstaufwand

## Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit und Dienstaufwandsentschädigung der Stadt Naumburg (Saale).

## Finanzielle Auswirkung:

☐ nein ☒ ja, in folg. Höhe: 40.000,00 € bis 50.000,00 €

Deckungsvorschlag: ☒ Haushaltsplan :  
☐ über-/außerplanmäßig

Buchungsstelle:

**Begründung:**

Gemäß § 35 KVG LSA kann derjenige, der ein Ehrenamt oder eine sonstige ehrenamtliche Tätigkeit ausübt, Ersatz seiner Auslagen verlangen. Einzelheiten sind durch Satzung zu regeln. Die in ein Ehrenamt Berufene können eine angemessene Aufwandsentschädigung beanspruchen. Die Aufwandsentschädigung soll in Form einer monatlichen Pauschale gewährt werden. Aufwandsentschädigungen unterliegen nicht den Zwecken der Haushaltskonsolidierung.

Bisher wurden diese Ansprüche in der Entschädigungssatzung der Stadt Naumburg geregelt. Diese verweist auf die kommunale Entschädigungsverordnung des Landes. Diese ist nun im Juni 2024 geändert worden. Sie ermöglicht einen monatlichen Maximalbetrag bis zu 247,00 €.

Da die Satzung über mehrere Jahre nicht geändert wurde, im Gegenzug aber erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen waren, ist es gerechtfertigt, die Entschädigungssatzung an die neuen Bedingungen anzupassen. Kernpunkt der Reform ist die Erhöhung des monatlichen Pauschalbetrages von 200,00 € auf 245,00 €. Dies entspricht einer Steigerung von 22,5 %. Dementsprechend wurden auch die monatlichen Pauschalbeträge bei Ausschussvorsitzenden, Ortschaftsräten und Ortsbürgermeistern entsprechend angepasst. Das Sitzungsgeld für sachkundige Einwohner wurde ebenfalls auf 18,00 € erhöht.

Die Satzung wurde noch einmal völlig neu gefasst, um eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Die Paragraphen wurden wieder fortlaufend nummeriert. Der Inhalt ist im Übrigen gleich geblieben.

Die Satzung soll zum 1.1.2025 in Kraft treten.

Armin Müller  
Oberbürgermeister